

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4,10 Mk. für den Monat. Politikerkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. S. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 28. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 1,- Mk.

Gegen das Joch der verdoppelten Ausbeutung!

Der letzte Schritt eines politischen Bankrotteurs.

Die an anderer Stelle veröffentlichte Note der deutschen Regierung an Amerika beweist, daß die deutsche Regierung vor den angedrohten Sanktionen der Entente vollständig zusammenbricht. Die deutsche Regierung glaubte zunächst, mit der alten Diplomatenklaue die Sache auf die lange Bank schieben und die Entente an der Nase herumzuführen zu können. Aber der drohende Ruin Frankreichs zwingt dieses mit den schärfsten Gewaltmaßnahmen gegen das besiegte Deutschland vorzugehen, um sich selbst, wenn irgend möglich, zu retten. Französische Zeitungen veröffentlichten bereits eine Karte, auf der die zur Besetzung bestimmte Zone erkenntlich gemacht ist: sie umfaßt die Städte Solingen, Elberfeld, Barmen, Hagen, Dortmund, Hamm, Bochum, Gelsenkirchen, Essen und das bereits besetzte Territorium mit Duisburg und Düsseldorf. Die wichtigsten Industriebezirke des Rheinlandes sollen also durch hohen Zoll von Deutschland abgetrennt und ihre Erzeugung unter die Kontrolle Frankreichs gestellt werden. Die Pläne Frankreichs richten sich direkt gegen Stinnes. Das rheinisch-westfälische Kohlenrevier und seine Industrie sollen vom übrigen Deutschland losgelöst und damit der Stinnes-trust zerrissen werden.

Das war zuviel für die deutsche Bourgeoisie. Das bedrohte ihre Stellung als Ausbeuterklasse und deshalb war sie zu außerordentlichen Zugeständnissen an die Entente bereit. Ob aber selbst diese außerordentlichen Zugeständnisse genügen werden die Entente, insbesondere Frankreich, zufriedenzustellen, ist mehr als fraglich. Die Reparationskommission hat bereits von Deutschland verlangt, daß bis 30. April, also bis nächsten Sonnabend, eine Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich gezahlt sein muß.

Immer deutlicher zeigt sich, daß die Entente nicht mehr den größten Wert auf Verhandlungen mit Deutschland legt, sondern daß es ihr in erster Linie darauf ankommt, reale Sicherheiten zu erhalten. Und nach der französischen Presse ist die beste Sicherheit die Besetzung des Ruhrgebietes. Dagegen hilft wohl auch kein Pilgerzug der deutschen Regierung nach Amerika mehr.

Angeichts dieser Ausweglosigkeit sucht man nun natürlich nach Sündenböcken und glaubt einen solchen in Dr. Simons gefunden zu haben. Wie bürgerliche Blätter sich von „führenden Parlamentariern“ berichten lassen, sei der Rücktritt des Außenministers nur noch eine Frage von Tagen, weil das Vertrauen zu ihm in allen Parteien geschwunden sei. Und die gestrige Rede Simons war ja auch nichts anderes, wie ein Verlegenheits- und Verteidigungs-gestammel eines Mannes, der keinen Ausweg mehr weiß und der von der politischen Bühne verschwinden muß.

Der Bankrott Simons ist aber auch zugleich der Bankrott der deutschen Bourgeoisie. Wenn die deutschen Arbeiter nicht mit in diesen Bankrott, in diesen Abgrund hinabgezogen werden wollen, dann müssen sie zwischen sich und der Bourgeoisie einen scharfen Trennungstrich ziehen, dann müssen sie sich zunächst die deutsche kapitalistische Ausbeutung vom Hause schaffen, um sich dann mit Aussicht auf Erfolg gegen die internationale Ausbeutung wenden zu können.

Note Deutschlands an Amerika.

Simons bietet 200 Milliarden Goldmark.

1. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark Gegenwartswert anzuerkennen.

Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen.

Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren:

2. Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf, deren Höhe, Zinssfuß und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihr weitgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Urteilen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden kann. Der Ertrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt.

3. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amorti-

zieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von vier Prozent jährlich für möglich.

4. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem Zwecke variabel zu gestalten. Im Falle der Besserung, für die ein Indizeschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

5. Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegselend und Völkerverhaß gemildert wird. Deutschland er bietet sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dörfer und Flecken selbst zu übernehmen oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. (Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbaunote an die Reparationskommission gesagt.)

6. Zu gleichem Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

7. Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen:

- a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen,
- b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb drei Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

8. Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

9. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken an die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird.

10. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geldgebern in einer näher zu vereinbarenden Weise aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

11. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken, auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.

12. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Aufzügen entlastet wird.

Was soll das bedeuten?

Reichswehr-Regiment Nr. 7 an die tschechische Grenze abgegangen.

Wie aus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist gestern morgen das Reichswehr Regiment Nr. 7 von Breslau marschmäßig abgerückt. Es wurde auf dem Freiburger Bahnhof verladen. Das Ziel soll Landesgrenz sein, das dicht an der tschechischen Grenze liegt.

Danach scheinen die Meldungen, die durch einen Teil der schlesischen Presse gingen, doch auf Wahrheit zu beruhen. Danach hatten die Organe in der Gaffschaft Glas zur bewaffneten Abwehr gegen die tschechischen Truppen aufgeföhrt.

Das Reichswehr-Regiment soll wahrscheinlich nun dem Frankfurterkrieg der Organe den gehörigen Nachdruck verleihen.

Gegen die Kriegsgefahr.

In der „Humanité“ schreibt Genosse Marcel Cachin unter dieser Ueberschrift folgendes:

Es scheint, daß sich die französischen Militärsachverständigen unter Führung Fochs zusammengefunden haben, um den Feldzugsplan zur Besetzung des Ruhrgebietes aufzustellen.

Man sucht die Zahl der zu dieser Operation notwendigen Soldaten festzusetzen.

Man wird sich entscheiden zwischen den Eingebungen und den Vorschlägen: Einberufung der Klasse 19 oder Aushebung von Freiwilligen ergänzt durch die zahlreichen Arbeitslosen.

Man wird den Preis des Abenteuers festsetzen.

Dann wird der Ministerpräsident nach Lympe gehen, um mit Lloyd George zu verhandeln.

In welcher Stimmung wird Briand den englischen Premierminister finden? Der Ministerpräsident hat in der letzten Zeit Deutschland gegenüber drohende Worte gesprochen, um einer Parlamentsmehrheit Genugtuung zu leisten, die begierig nach Macht und Gewalt ist. Wird er seine Stellung aufrecht erhalten auch dem Vertreter Großbritanniens gegenüber? In England sieht man klar in das Spiel unserer Industriegewaltigen. Das sind dieselben, die unser Land in neue kriegerische Aktionen treiben. Unsere Grundbesitzer und Bankiers wollen ihre Hand auf das Ruhrgebiet legen, um die Kohle zu besitzen, die ihnen fehlt.

Mit dem Euen von Lothringen und der Steinkohle des begehrten Ruhrgebietes, so sagt die letzte Nummer von „The Nation“, würden sie sein „die Herren des Kontinents“, und das englische Blatt fügt hinzu: „Ihre Macht würde alles in den Schatten stellen, was Europa seit Napoleon kennen gelernt habe.“

Das ist der gewaltige, ehrgeizige Plan, dem unsere Großindustriellen seit langer Zeit nachgehen.

Für ihn führen sie die heftigste Presselampagne; dafür gebrauchen sie das Parlament und die Militärs.

Aber die englischen Industriellen bemerken die Gefahr, die ihren eigenen Interessen droht durch die Politik unserer Imperialisten.

Angeichts dieser Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten darf das französische Proletariat keine dringende Pflicht nicht verkennen. Er muß der Gefahr ins Gesicht sehen.

Wenn die Engländer die Absichten unserer Bürokrate nicht durchkreuzen, so wird sich ein neuer militärischer Kampf entwickeln.

Die politischen Folgen dieses Abenteuers würden un-ausdenkbar sein. Es wäre wahnwitzig, nicht vor den Folgen zu warnen, die von selbst entstehen werden, durch die Besetzung eines Industrie- und Berggebietes, wo 4 Millionen Arbeiter enggedrängt beisammen wohnen. Kann man sich nur einen Augenblick vorstellen, daß diese Arbeiter gedulzig einen militärischen Zwang hinnehmen, den man ihnen auferlegt zur Ausbeutung durch die Bourgeoisie? Und dann wird sich der Gedanke des Strolls, des Hasses, der Rache nicht ausbreiten müssen, nicht allein bei denen im besetzten Gebiet, nein auch bei der ganzen Nation?

Und in Wahrheit ist es unser Kapitalismus, der, be-räuscht von seiner militärischen Macht, den Wiederbeginn des Krieges für einen mehr oder weniger nahen Termin vorbereitet. Vor diese unermessliche Leinwand schiebt sich das Proletariat unseres Landes gestellt. Wenn sich die Kapitalisten und Adulanten vereinigen, führen sie uns unweigerlich in eine Katastrophe.

Wir wissen, daß sich die Arbeiter Frankreichs geschlossen erheben werden gegen die Maßnahmen, die man vorbereitet im Dunkel der Kugeln und Kriegsabinetts.

Es ist die Pflicht aller Arbeiter und Bauern unseres Landes, sich überall mit aller Kraft und Klarheit anzulehnen gegen die neue Gefahr eines Krieges, der jeden Tag losbrechen kann.

Auch die deutschen Auslandspapiere müssen dran g.a.u.s.u. Bei der Ausübung des deutschen Angebots an die Alliierten wird es auch zu einer Einziehung ausländischer Wertpapiere aus deutschem Privatbesitz kommen. Die deutschen Kapitalisten kommen aber nicht zu kurz, die deutsche Kapitalverwaltung will bei Ablieferung der Papiere eine angemessene Abschlagszahlung leisten, die dann natürlich wieder aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt wird.

Die Not der Arbeitslosen.

Unaufhaltsam geht der Kapitalismus seinem Untergang entgegen. Von schweren wirtschaftlichen Krisen wird er in der ganzen Welt heimgesucht. Die kapitalistische Weltordnung ist in ihren Grundfesten erschüttert. Der Weltkrieg und seine Folgen wirken sich aus in katastrophalen Abfall und Produktionsrückgängen. In Ländern mit hoher Valuta, den Sieger- und neutralen Staaten, treten gewaltige Krisen ein, weil Rohstoffe und Fertigfabrikate nicht abgesetzt werden können an Länder mit tiefem Valutastand, während umgekehrt in diesen Ländern, meistens den besiegten, aus Mangel an Rohmaterialien, Auslandsprodukten und infolge schlechter Valuta, die ganze Wirtschaft von riesenhaften Störungen und Hemmungen in der Produktion lahmgelegt wird. Die Folgen dieser Störungen äußern sich vor allem in einer zunehmenden Verelendung des Proletariats. Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen in allen kapitalistischen Staaten werden ins Riesengebiet der Arbeitslosen hinabgestoßen. Ein anderer, noch größerer Teil der Proletarier muß verflüchtigt arbeiten. Die Existenz einer ganzen Klasse ist in Frage gestellt. Der Kapitalismus kann seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren, nicht beschäftigen. Er wirft sie in einen Abgrund des tiefsten furchtbaren Elends. Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder gehen zugrunde durch Hunger, Krankheit und frühzeitigen Tod. Das ist der Widerhaken der kapitalistischen Gesellschaft, daß nicht die Produktion auf die Bedürfnisse dieser breiten Schichten, sondern nur auf den Profit der Industriellen, Händler und Bankierer eingestellt ist. Für die besitzende Klasse ist heute die Frage so gestellt, daß sie ihre Herrschaft im Wirtschaftsleben nur noch aufrecht erhalten kann auf Kosten des Proletariats. Nur wenn aus der Arbeiterklasse die letzte Kräfte herausgeholt wird, ist die Weiterexistenz des Kapitalismus für die allernächste Zukunft gesichert.

Deshalb nützt auch das Unternehmertum, unterstützt von der Staatsgewalt, wie das bei den letzten Kämpfen in Rußland durch den Einmarsch Hörsings deutlich zu erkennen war, die große Arbeitslosigkeit aus, um die Arbeiterklasse durch die Betriebsstilllegungen und Einschränkung der Produktion zu schwächen. Nach den Sanktionen macht sich das noch unangenehmer bemerkbar. Den Unternehmern ist das ein willkommenes Anlaß zur Säuberung der Betriebe, für den Lohnabbau usw. Noch mehr als früher werden Ausperrungen und Betriebsstilllegungen der merkantilen Bevölkerung rücksichtslos das Proletariat den Ausbeutern und Unterdrückten ausgeliefert werden soll.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, mögen die anderen sozialistischen Richtungen die Aktion in Mitteldeutschland als falsch ansehen, richtete sie sich gegen die kapitalistische Gesellschaft, die um ihrer Erziehung willen Millionen zugrunde gehen und langsam verhungern läßt. Somit war die Aktion auch ein Kampf für die Arbeitslosen.

Die Kommunisten haben schon im Offenen Briefe den Weg gezeigt, der gegangen werden muß zur Rettung der Arbeitslosen: Den Kampf der gesamten Arbeiterklasse für die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und die Kontrolle der Produktion. Und jetzt haben die Kommunisten bewiesen, daß sie bereit sind zu kämpfen für die Forderungen der Arbeitslosen. Daß sie unterliegen sind, liegt nicht an ihnen.

Die Not der Arbeitslosen ist groß. Sie nimmt mit jedem Tage zu. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Erschreckend ist das Massenelend in den Großstädten und Industriestädten. Der Tod hält reiche Ernte. Und was geschieht zur Beseitigung dieser Zustände? Das ist die Frage, die sich der Arbeiter, ganz gleich, ob in der Fabrik oder auf der Straße, ob er in dieser oder jener Partei ist, fast jeden Tag ernstlich zu stellen hat.

Was die bürgerliche Gesellschaft und ihre Machorgane, Regierungen, Parlamente, Behörden usw. tun und getan haben zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, interessiert uns heute nicht. Es ist nicht viel, was sie unternommen haben, es sind Maßnahmen, die die schlimmste Not ein bißchen lindern sollen, um Verzweiflungsanfälle der Arbeiter zu vermeiden, die aber die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft und bürgerlichen Welt, den Profit, nicht antasten. Deshalb müssen all diese Versuche scheitern, weil sie nicht von Grund auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die kapitalistische Produktionsweise treffen.

Wichtiger erscheint es uns, den Arbeitern zu zeigen, was die Gewerkschaften, die mächtige Organisation von neun Millionen Proletarier, tun. Gewiß, ihre Leitungen und vor allem der Bundesvorstand des ADGB haben schon, gründlich durchdachte Pläne und wohlgemeinte Vorschläge erarbeitet. In dem den Arbeitslosen gehaltenen Bericht werden schon im Februar gatte der ADGB vorwärtsgeritten durch die Forderungen des Reichsarbeiterkongresses und den Offenen Brief der SAP, hinter den sich große Massen von Angehörigen und Arbeitern stellten, die bekannten 10 Forderungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit gestellt. Damals erklärte sich die SAP bereit, alles zu tun, um die Forderungen des ADGB zu unterstützen und ihnen zum Siege zu verhelfen. Aber wir sagten schon damals, daß die SAP und die ADGB keine Aktion für die Arbeitslosen durchzuführen dankt, nicht zum Ziele führen werde. Die Forderungen werden nämlich der Reichsregierung unterbreitet nur der Hoffnung, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Reichsregierung sich des Umfanges der Lage bewußt zu sein scheint.

Im „Korrespondenzblatt“ des ADGB vom 2. April Nr. 14, wird mitgeteilt, daß der Reichswirtschaftsrat den dringlichsten Teil der 10 Forderungen angenommen hat und mit den zuständigen Regierungsstellen über Vereinstellung für Reichsstandsarbeiten verhandelt. Dann wird gegen die „Korrespondenzblatt“ Stellung genommen, weil sie es gewagt hat, die deutschen Proletarier zum Kampfe aufzurufen für die

Wie sich Stinnes den Wiederaufbau denkt.

In der Wiederaufbaufrage hat die deutsche Regierung folgende Note an die Reparationskommission gerichtet:

Deutschland ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaus erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenfassend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

I. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Flecken oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaugesbiets unter Uebernahme sämtlicher Kosten in eigener Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen. Bei einer derartigen Regelung würden vor allem die Erfahrungen verwertet werden können, welche Deutschland bei dem Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete Ostpreußens gemacht hat. Deutschland will im Augenblick davon absehen, diesen Vorschlag näher zu erläutern, da sein Grundgedanke bisher bei den alliierten Regierungen auf Bedenken gestoßen ist.

II. Deutschland ist ferner willens, unabhängig von der zu I vorgeschlagenen Regelung seinen Entschluß, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens alle Hilfsmittel bereitzustellen. Die deutschen Gewerkschaften haben beschlossene, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufräumungs- und Wüstungsarbeiten vorzunehmen.

2. Ziegeleien im Aufbaugesbiet in Stand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke dazwischen zu errichten, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können, hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern.

3. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaugesbiet nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Baugewerke aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind.

4. Sofort mit der Anfertigung von Behelfsbauten aller Art, mindestens aber 25000 Behelfsbauten (Wohnhäusern) zu beginnen und diese vor Beginn der künftigen Jahreszeit aufzustellen, um der ungemein dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen.

5. Dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Ofen, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern.

6. Nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob die Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinschaftlichem Betrieb oder durch private Unternehmerteile oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einklang mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Ingenieure und Beamten beachtet die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

III. Die Verständigung über alle hiernach zu klärenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit, andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Aufbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung denjenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und

sonstigen Anlagen wieder aufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu benennen. Mit diesen Unternehmern können die Geschädigten oder ihre Interessenvertretungen vollständige Bauverträge mit Kostenschlag aufstellen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die gesamten Kosten solcher Reparationsbauten, soweit sie in Papiermark gezahlt werden können, gegen Guthrift auf Reparationskonto zu übernehmen, während sie die Zahlung der in ausländischer Währung entfallenden Kosten weiterer Regelung vorbehalten.

IV. Falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderer als den vorstehend vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jede von alliierter Seite gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, um auch in jeder anderen den vorliegenden Wünschen entsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, die erforderlichen Besprechungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten.

Die deutschen Bauunternehmer, die in Deutschland selbst so gut wie jede Bautätigkeit eingestellt haben, weil sie nicht die gewünschten Profite abwärts, wollen also in Nordfrankreich bauen, weil sie dessen gewiß sind, daß die Stinnesregierung ihnen jeden gewünschten Preis zahlen wird. Das wird den Erfolg haben, daß in Deutschland die Baupreise noch weiter in die Höhe getrieben werden, in Frankreich aber die französischen Arbeiter durch die billigeren deutschen Arbeitskräfte unterbieten und aufs Pflaster geworfen werden, wodurch das französische Kapital seine industrielle Reservearmee vermehren und die Widerstandskraft der eigenen Arbeiter gegen die Aufzwingung schlechterer Arbeitsbedingungen schwächen kann.

Das werden die Wirkungen des kapitalistischen Wiederaufbaus sein, den die Stinnesregierung vorschlägt und zu dem der ADGB die Hand bietet. Er enthält nicht die mindeste Gewähr dafür, daß die deutschen Arbeiter in Nordfrankreich nicht unter den schlimmsten Bedingungen Sklavenarbeit leisten müssen. Er enthält ebensowenig Gewähr dafür, daß dieser „Wiederaufbau“ den arbeitenden Massen in Nordfrankreich zugute kommt. Unsere französischen Genossen haben immer von neuem aufgedeckt, daß in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs, wie überall, wo das Kapital herrscht, der „Aufbau“ nur für die Besitzenden ein Aufbau ist, während die besitzlosen Massen in immer tieferes Elend gestoßen werden.

Das deutsche Proletariat ist bereit, am Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen zu arbeiten, aber nicht so, daß es dabei als sein eigener Feind und als Feind seiner französischen Klassengenossen wirkt. Ein wirklicher Wiederaufbau, der den arbeitenden Massen in beiden Ländern zugute kommt, ist nur dadurch möglich, daß der kapitalistische Profit ausgeschaltet und eine brüderliche Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Arbeitern hergestellt wird. Die Bauarbeiter beider Länder müssen es durchsetzen, daß ihre Verbände direkt miteinander verhandeln und ihre Wiederaufbaupläne nicht nach den kapitalistischen, sondern nach den proletarischen Interessen festlegen und durchführen. Dieser proletarische Wiederaufbau aber kann nur gesichert werden, wenn die Arbeiter diesseits und jenseits des Rheins ihre Ausbeuter zum Teufel jagen.

Sicherung ihrer Ernten, und für die Durchsetzung der zehn Punkte des ADGB festgehalten werden muß, daß hier unerschöpft zum Ausdruck kommt, daß der ADGB nicht gewillt ist, den Kampf zu führen für seine eigenen Forderungen. Ja, er ging sogar so weit, vor einer Aktion die Arbeiterklasse zu warnen. So bekennen die Gewerkschaftsführer nach der Niederlage des revolutionären Proletariats ganz offen, daß sie wohl luhhandeln, aber niemals kämpfen wollen.

Politische Uebersicht.

Preßbanditen.

Die bürgerliche Presse kann sich nicht genug im Beschimpfung, Verleumdung und Verächtlichmachung der Kommunisten. Die „Schlesische Tagespost“ meldet, daß unser Genosse Friesland-Berlin verhaftet wurde auf Grund einer Klage, die ihm Nord und Erpreßung vorwirft. Dagegen soll natürlich bei den Lesern der Eindruck erweckt werden, daß Friesland ein gemeiner Verbrecher sei. Ja Wirklichkeit ist Genosse Friesland verhaftet worden auf Grund von „Berger“, deren er sich als Vorsitzender des Boljgarates der deutschen Kolonisten in Sowjetrußland im Jahre 1918 schuldig gemacht haben soll. Genosse Friesland war als drei Szejanzgenosse in Rußland und hat dort als Soldat der Revolution seine einfache Pflicht bei der Expropriation der Bourgeoisie getan. Weil man dem Genossen Friesland nichts strafbares vorzugs Begründung seiner Verhaftung nachweisen kann, greift man auf Vorgänge bei der russischen Revolution zurück und sucht jetzt die Solidarität der in Deutschland noch immer herrschenden Klasse mit der in Rußland niedergeworfenen Bourgeoisie aufs neue zu bekräftigen. Weiter meldet die „Schlesische Tagespost“ die Verhaftung unserer Genossen in Halle. Sie schweigt aber schon hinzu, daß die neue Zentrale für Ostpreußen ein neues kommunistisches Komitee vorbereitet hatte, und daß man diesen über eine neue rote Armee vorzuziehen habe.

Die bürgerliche Schmeißel gehen sich also die größte Mühe, durch Lügen und Verdrehungen die Hege gegen die Kommunisten zu führen.

Das Ueberdichienabkommen abgelehnt. Die Urchammanung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften über das Angebot der Arbeitgeber des Steinkohlenbergbaus vom 12. und 13. April hat ergeben, daß die überaus große Mehrheit der Mitglieder der Leistung der Leistung weiterer Ueberarbeit ist. Das Angebot der Arbeitgeber ist damit abgelehnt worden.

Ein Blutgang zu Ebert.

Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der SPD, der USF und des gegen den Willen der Arbeiter vom ADGB in Halle errichteten Gewerkschaftskartells, wurde beim Reichspräsidenten „Genossen“ Ebert vorstellig und erbot, wie der „Vorwärts“ berichtet, „starke Bedenken gegen die Sondergerichte“. Ebert erklärte, daß eine völlige Abschaffung der Sondergerichte unter Berücksichtigung der Lage nicht erfolgen könne. Die Sondergerichte (d. h. die Landgerichtsräte Krüger, Braun usw.) sollen aber die Befugnis zur Anwendung von Begnadigungsmaßnahmen haben.

Die Kommission reiste darauf nach Halle zurück, um ihren Auftraggebern Bericht zu erstatten. Es fragt sich nun, ob die Halleischen SPD- und USF-Arbeiter sich mit dieser Verzöhnung zufrieden geben.

Wichtiger als dieses ist aber der eigentliche Grund, warum diese Kommission Ebert um Hilfe ansuchte. Der „Vorwärts“ schreibt darüber:

Die Kommission brachte ferner die Migrationsgewisser mitteldentscher Arbeitgeberverbände zur Sprache, die den Aufruf benutzten, um mißliebige Arbeiter, die mit dem Putz selbst nichts zu tun hatten, auf „schwarze Listen“ zu setzen und sie hierdurch ihrer Existenzmöglichkeit zu berauben. Der Reichspräsident ersuchte die Kommission um sofortige Einreichung dieses Materials, das umgehend dem Reichsarbeitsministerium zugänglich gemacht werden soll.

Die Unternehmer machen also bei den Kommunisten nicht Halt, sondern sie gehen auch gegen die Arbeiter der SPD und USF vor. Wann werden diese Arbeiter einsehen, daß sie sich mit den Kommunisten gemeinsam dagegen zur Wehr setzen müssen.

Wie es im besetzten Ruhrgebiet aussehen würde.

„Humanität“ äußert sich über die Folgen einer französischen Besetzung des Ruhrgebiets folgendermaßen: Die Proletarier des Ruhrgebiets werden auch weiter unter der harten Herrschaft ihrer einheimischen Kapitalisten bleiben und überdies werden sie noch die Kontrolle unserer Militärs zu ertragen haben. Ihre sozialistische und kommunistische Schulung ist aber zu hart, als daß dabei Zwischenfälle ausbleiben könnten. Es sind die Arbeiter und nur sie allein, die in Verbindung mit den französischen Besatzungstruppen kommen würden. Die Großindustriellen des Ruhrgebiets, die Stinnes und Krupp, die Thyssen und Ehrhardt dagegen würden

persönlich in Sicherheit sein und nichts riskieren. Und wenn sich dann Schwierigkeiten ergeben, dann wären es nur die Angehörigen, die zweifach verfluchen, die alle Lasten und alle Strafen zu tragen hätten.

„Humanität“ weist ferner darauf hin, daß eine Befreiung des Ruhrgebietes eine Gesundung der französischen Finanzen gar nicht bringen könnte. Man hat behauptet, daß die Entente aus dem besetzten Ruhrgebiet jährlich zwei bis drei Milliarden herausziehen könnte. Die Ziffer ist falsch, aber man nehme selbst an, sie wäre richtig, so heißt es doch fest, daß Duzende von Milliarden nötig wären, um ein bisschen Ordnung in die französischen Finanzen zu bringen. Vielmehr wollen durch Befreiung des Ruhrgebietes nur die französischen Großindustriellen ihre eigenen Taschen füllen. Niemals ist die Herrschaft, die der Verband der Hüttenwerke über Frankreich ausübt, klarer hervorgetreten, als bei dieser Gelegenheit.“

Lebenslänglich ins Zuchthaus.

Das Sondergericht Naumburg verurteilte den Arbeiter Heinrich Korch aus Weißenfels, den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in den Leuna-Werken, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Nach der Urteilsbegründung sagte der Angeklagte in einer von dem Dach eines Gebäudes der Leuna-Werke gehaltenen Ansprache, in welcher er zum Generalstreik aufrief: „Wer sich drückt, ist in den nächsten Tagen nicht mehr. Wir wollen uns bewaffnen und das Werk verteidigen.“ Er brachte ein Hoch auf die rote Armee aus mit der Bemerkung, daß diese unbedingt siegen müsse.

Das Sondergericht in Dresden beschäftigte sich am Sonnabend mit den Sprengstoffattentaten gegen die Landgerichte zu Dresden und Freiburg. Der Betonarbeiter Karl Schulz und der Arbeiter Johann Franke wurden zu je zehn Jahren Zuchthaus, drei weitere Angeklagte zu acht Monaten Gefängnis bis drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

„Die Sozialisierung marschieren!“

Im Preussischen Landtag hat die kommunistische Fraktion eine „große Anfrage“ eingebracht, in der Bezug genommen wurde auf die Bemerkung der Reichsregierung, daß die Sozialisierung marschiere. Die Fraktion hatte angefragt, ob der preussischen Regierung bekannt sei, wohin die Sozialisierung marschiert sei. Jetzt antwortet der Minister für Handel und Gewerbe, daß er vor der Beantwortung dieser Anfrage über den Gegenstand Rückfrage halten müsse. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe scheint also auch den Weg, den die Sozialisierung geht, verloren zu haben. Es ist außerordentlich erfreulich, daß er sich bemüht, diesen wiederzufinden.

Die Wahlen zum preussischen Staatsrat.

Nach dem amtlichen Ergebnis der Wahlen zum preussischen Staatsrat entfallen auf Ostpreußen 4 Mitglieder, auf Brandenburg 5, auf die Stadt Berlin 8, auf Pommern 4, Grenzmark Posen bis Westpreußen 3, Nieder-Schlesien 6, Sachsen 6, Schleswig-Holstein 3, Hannover 6, Westfalen 9, Rheinprovinz 14, Hessen-Nassau 5 Mitglieder und auf die Hohenzollernschen Lande 1 Mitglied. Die 5 Mitglieder für Oberschlesien sind noch nicht gewählt. Von den Mitgliedern gehören an: der Deutschnationalen Volkspartei 11, der Deutschen Volkspartei 10, der Demokratischen Partei 3, der Wieder Aufbau-Partei 2, der Arbeitgemeinschaft 3, dem Zentrum 18 (dazu 1 Deutsch-Hannoveraner), den Sozialdemokraten 19, den Unabh. Sozialisten 4, den Kommunisten 3.

„Serrin“ erwischt?

Die „Deutsche Zeitung“, die gute Verbindung mit der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums, d. h. mit der politischen Abteilung, der auch die Spiegel angehören, hat, schreibt: „Serrin“, der große Unbekannte im Siegesjubiläum-Prozess, ist ermittelt und gefänglich. In dem Prozess gegen die Siegesjubiläum-Attentäter behauptete die Verteidigung, der ganze Anschlag sei lediglich betriebl. Arbeit eines Polizeispitzels gewesen, nämlich des vielgenannten „Serrin“, den die Polizei mit Absicht unbehelligt lasse. Die Berliner Polizei hatte von vornherein besonders eifrig nach der Person dieses „Serrin“ gefahndet, da er als Haupttäter bei dem Siegesjubiläum-Anschlag in Frage kam. Wie die jetzigen Feststellungen ergeben haben, ist „Serrin“ der Dedname für den am 18. November 1895 in Magdeburg geborenen Reisenden Wilhelm Hering, der bei seiner Mutter in Magdeburg, Agnetenstraße 10, wohnt und wegen Beteiligung an den mitteldeutschen Räzern seit dem 1. April zu Halle im Gefängnis sitzt. Ein Beamter der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums Berlin hat Hering am Sonnabend in Halle verurteilt. Hering ist gefänglich.

Wir sind gespannt, ob man „Serrin“ den Prozess machen und was bei der ganzen Geschichte herauskommen wird. Ich glaube, wir können lange warten.

Verstärkte Heße gegen die Kommunisten.

Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ läßt sich aus Berlin von „unrichteter Seite“, d. h. von irgend einer im Dunkeln bleibenden Stelle, die gegen die Kommunisten heßt, melden, daß die bisher eingetroffenen Nachrichten zu starker Vorsicht nötigen. Die Schutzpolizei in Mitteldeutschland werde daher zunächst in der Stärke bleiben, in der sie jetzt ist. Insbesondere werden die Leunawerke von der Polizei weiterhin beschützt bleiben.

Die ganze Sache soll dazu dienen, die Arbeit der Ausnahmegerichte und das Vorgehen der Schutzpolizei gegen die mitteldeutschen Arbeiter zu rechtfertigen.

Erzbergers Immunität aufgehoben. Der Gewerkschaftsausschuß des Reichstags hat nunmehr eine Entscheidung über die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Erzberger wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht getroffen und mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, in diesem Falle die Immunität Erzbergers aufzuheben und die Genehmigung zur Strafverfolgung auf Grund Artikel 81 Abs. 1 der Reichsverfassung zu erteilen.

Ausland.

Briand über die Konferenz von Hythe.

In der letzten Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Briand eine Erklärung ab. Er sagte: Ich bin nach Hythe gegangen, um mit Lloyd George die Bedingungen einer demnächstigen interalliierten Konferenz, die unter den augenblicklichen Umständen unvermeidlich war, festzulegen. Wir sind überein gekommen, vor dem 1. Mai eine Konferenz einzuberufen. Das ist im Augenblick unsere Lage Deutschland gegenüber. Sie ist klar. Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die ihm aus dem Vertrag von Versailles obliegen, im Verzug, was die Sicherheitsfrage, die vitalen Fragen und was die Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen anbelangt, und schließlich was die Reparation, d. h. die Zahlungen anbelangt, zu denen sich Deutschland durch Unterschrift verpflichtet hat. Inzwischen haben Sie erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt uns, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Wir kennen die Vorschläge nicht. Wir stellen nur fest, daß Deutschland sich nicht mehr an die Alliierten wendet. Deutschland weiß in der Tat, daß wir vielen Grund haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Ich habe volles Vertrauen in die Loyalität und den Eifer der Vereinigten Staaten. Wir haben für den Versalltag alle Dispositionen ergriffen. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause).

Am Schluß seiner Kammerkammerbetonte Briand, daß die Regierung das Vertrauen des Parlaments besitzen müsse, wenn es sich am 30. April zur Londoner Konferenz begeben werde. Der Abg. Tardieu erklärte, daß er die Regierung zu interpellieren wünsche. Briand verlangte Ablehnung der Interpellation. Die Interpellation wurde mit 424 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Kammer steht also mit großer Mehrheit hinter Briand.

Vorbereitungen der Polizei und des Militärs in Ungarn für den 1. Mai.

Der „Besz Magyar Ujság“ veröffentlicht den Wortlaut einer Verordnung des ungarischen Ministers für Inneres vom 12. April, in der nach einer Einleitung über „die große Unzufriedenheit der Arbeiterschaft“ und nach der Charakterisierung der Märfier der Arbeiterschaft als eines „unverhüllten Angriffes gegen die jeweilige bürgerliche Gesellschaft“ folgende Punkte enthalten sind:

1. Bereithaltung des ganzen Personals der Polizei.
2. Häufige Razzien bei Tag und Nacht.
3. Strengstes Verfahren bei Legitimierungen.
4. Sofortige Verhaftung auf Grund der kleinsten Verdachtsmomente.
5. Die Verdächtigen müssen bis zum 4. Mai in Haft gehalten werden, nachher wird das Verfahren gegen sie eingeleitet.
6. Strengste Beobachtung der Arbeiterheime und Versammlungsorte.
7. Rückichtslose Maßnahmen bei der Feststellung der geringsten Bewegung, sofortige Verhaftung der Arbeiterführer und Vertrauensmänner.
8. Das Tragen von roten Abzeichen und das Singen revolutionärer Lieder ist verboten.
9. Verhaftung der bedingungsweise Freigelassenen in größter Anzahl.
10. Die Unternehmer werden verpflichtet, pünktliche Statistiken über angestellte Arbeiter seit dem Sturz der Kommune zu führen.

Eine Verordnung ähnlichen Inhalts hat das Landesverteidigungsministerium herausgegeben.

Die Klassenjustiz in Rumänien.

Die Ausnahmegerichte haben vom Generalstreik bis zu ihrer Auflösung insgesamt 77 Personen zu 271 Jahren, 10 Monaten und 15 Tagen Kerker (Zwangsarbeit) verurteilt, ausgenommen jene 25 Jahre, zu welchen im Januar die Arbeiter des Arsenal verurteilt wurden. In derselben Zeit wurde ferner auch ein Todesurteil gefällt. Die legalen Zivilgerichte verurteilten im selben Zeitabschnitte auf Grund des Transcu-Jassischen Streikgesetzes 42 Arbeiter zu 14 Jahren und 5 Monaten Arrest.

Die englischen Eisenbahner und Transportarbeiter für den Streik.

In Liverpool, in Doncaster, Corn und an anderen Orten haben sich die Eisenbahner und Transportarbeiter bereit erklärt, sofort in den Ausstand zu treten.

Die Londoner Transportarbeiter werfen ihre Gewerkschaftsführer heraus.

Wie aus London gemeldet wird, drang eine Anzahl von Transportarbeitern in das Büro der Gewerkschaft ein und setzte die Angestellten der Ortsverwaltung an die frische Luft. Diese sauberen Arbeitervertreter verhandelten nämlich hinter dem Rücken der Mitglieder mit dem Unternehmertum über einen Lohnabbau. Als der Ruhhandel bekannt wurde, fand eine Massenversammlung der Londoner Transportarbeiter statt, die den Beschluß fasste, energisch durchzugreifen. Im Anschluß daran haben sich die Mitglieder ihr Recht verschafft, für beabsichtigten, sich eine neue zuverlässige Ortsverwaltung zu bilden.

Schon nach dem letzten, von der Gewerkschaftsbürokratie abgewählten englischen Bergarbeiterstreik war es an verschiedenen Orten notwendig, daß die Polizei die Verbandsbüros vor den erbitterten Mitgliedern schützen mußte. Die englischen Dismänner müßen nur so fortfahren! Sie graben sich mit unheilbarer Sicherheit ihr eigenes Grab.

Wer die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Kurträgerin oder Kourporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete..... bestellt hiermit die

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Erscheinungsort Breslau

für den Monat.....

Bezugspreis pro Monat 6.10 Mark einschl. Bestellgeb. (Der Betrag ist vom Briefträger einzulassen.)

Name u. Stand:.....

Wohnort:.....

Straße u. Haus-Nr.

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Vom Abstimmungsrummel in Tirol.

Bei der Volksabstimmung haben von etwa 150 000 Stimmberechtigten ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen 125 000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Nach Nachrichten aus Bozen hat dort ein Zusammenstoß zwischen Faschisten und deutschen Bauern stattgefunden. Dabei wurde eine Person getötet und 43 verwundet, darunter acht schwer. In der Stadt herrscht große Unruhe. In Innsbruck wurden nach dieser Nachricht die Abendkonzerte in den Cafehäusern unterbrochen und die Versammlungen, die anlässlich der Volksabstimmung stattfanden, aufgelöst. Es fanden auch Demonstrationen vor dem italienischen Konsulat statt, bei denen nationale Lieder gesungen wurden.

Konferenz des Obersten Rates in London.

Das Reutersche Büro meldet, es erweise sich, daß der Oberste Rat am nächsten Sonnabend in London und nicht in Paris zusammentreten werde.

Maschinenstreik in der Union.

Die Maschinenisten der Handelsmarine haben beschlossen, am 1. Mai in den Streik zu treten. Der Streik würde 100 000 Heizer und anderes Maschinenpersonal in Mitleidenschaft ziehen.

Aus der Internationale.

Genosse Sinowjew über den „Fall Levi“.

Auf dem letzten Parteitag der RKP. erstattete Genosse Sinowjew einen Bericht über die kommunistische Internationale, in dem es unter anderem heißt: Wir haben momentan eine kleine Krise in Deutschland. Ich habe während dieses Parteitages mehrere Zettel erhalten, in denen die Genossen mich um Aufklärung bitten, warum aus der Zentrale der RKP. fünf ihrer Mitglieder, darunter solche Persönlichkeiten wie Clara Zetkin, ausgetreten seien. Die Sache ist folgendermaßen zu erklären. Sie werden aus dem weiteren Bericht erfahren, daß die italienische Frage bei uns sehr akut geworden ist. Diese italienische Frage betrifft nicht lediglich Italien... Ich will von vornherein sagen, daß in Italien die Kommunisten gegen die Zentralfes in Gestalt von Serrati und seiner Gruppe kämpfen. Die zentralistischen Elemente Italiens betrachten sich subjektiv als Kommunisten, in Wirklichkeit aber stehen sie noch mit einem Fuß im Lager des „Zentrums“. In dem Moment, als sich die italienische Frage zuspitzte, begann in der deutschen Partei, die selbst sich los von dieser Krankheit befreit hatte, eine gewisse Schwankung in derselben Linie. Diese Schwankung spiegelte sich in der Zentrale der RKP. wider. Selbstverständlich, wenn eine gewisse Gärung in der Partei einsetzt, oder wenn die Partei eine Krisis durchläuft und sich neue Gruppierungen bilden, so schließen sich — wenigstens am Anfang — zufällige Elemente an, die nachher schnell abfallen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß einzelne Gruppen zu Beginn der Krise in dem Lager standen, in dem sie nichts zu suchen hatten — aus mehr oder weniger episodischen Ursachen. Und nachher, als sich alles klärte, nahmen diese Genossen Positionen in dem Lager ein, wo sie ihrer Weltanschauung, ihrem Temperament und der Vergangenheit ihrer Tätigkeit nach hingehören. Das geschah zum Beispiel mit der Genossin Zetkin. Sie war vor kurzem erst in Russland. Wir konstatierten eine vollständige Solidarität mit ihr in fast allen Fragen. Wir gaben ihr das Mandat, die Exekutive bei dem außerordentlich wichtigen Kongress in Tours zu vertreten. Sie erfüllte es glänzend. Als in der Zentrale der RKP. eine gewisse Rechtsgruppierung zum Vorschein kam, da gelangte sie — ich bin überzeugt, aus ganz zufälligen Gründen und nicht für lange — in der ersten Zeit in das Lager, wo sie zweifellos morgen oder übermorgen nicht sein wird. Ihr Platz ist entschieden im Lager des linken Flügels der RKP., die absolut auf der Plattform der Exekutive der kommunistischen Internationale steht. So traurig auch die Tatsache ist, daß sie aus der Zentrale ausgetreten ist, so sind wir überzeugt, daß dies nur eine kleine Episode in ihrem Leben ist, eine flüchtige Erscheinung, die schnell vorübergehen wird. Ein anderes Mitglied, das aus der Zentrale der RKP. ausgetreten ist, ist im Gegenteil durch seine ganze Vergangenheit dazu vorbereitet, um in einem solchen Augenblick nach rechts abzuweichen. Ich spreche von dem Genossen Paul Besi, der in den letzten Jahren hervorgetreten ist, nachdem die Bourgeoisie die deutsche kommunistische Partei enthaun-

Haben Sie

schon die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ bei Ihrer Postanstalt bestellt, damit Sie das Organ der R.A.P.D. schnell und rechtzeitig erhalten? Schneiden Sie diesen Schein aus:

Zeitungsbestellung.

An das

Postamt

Hier.

Unfrankiert
in 4. nicht.
Bijetkaten
werden oder
den Post-
träger mit-
geben.

Weil Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

hatte... Der Genosse Levi mußte das Steuer der Partei ergreifen in einem Moment, da sie zerfallen war, nachdem sie im ersten Samaraaufstand eine Niederlage erlitten hatte. Er betrat seine politische Laufbahn im Kampf gegen die „linken“ Elemente, die in der Tat vieles verwirrten und auch jetzt noch vieles verwirren, aber unter denen man auch viele der Revolution ergebene Arbeiter findet. Er war die ganze Zeit geneigt, die deutsche Kommunistische Partei nach rechts zu lenken. Wir hatten einen Streit mit Genossen Levi auf dem zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale. Wir alle, die wir wußten, wie wenig gebildete Führer in den Reihen der K.P.D. übrig geblieben sind und insbesondere Genosse Kadel, der die deutschen Verhältnisse besser kannte als jeder von uns, waren bemüht, den Genossen Levi zu rügen und ihm in seinem Kampfe gegen die Gegner Hilfe angedeihen zu lassen; aber je weiter, um so mehr überzeugten wir uns davon, daß Genosse Levi dem Opportunismus zuneigt. Und jetzt, während ich vor Ihnen Rechenschaft ablege, besteht unter uns nicht der leiseste Zweifel, nicht mehr die leiseste Meinungsverschiedenheit darüber, daß der geistige Kampf gegen diese Genossen absolut notwendig ist. Und auch diejenigen von uns, die, wie Genosse Kadel, aus begrifflichen Gründen am meisten befreit waren, den Augenblick unseres Bruches mit Genossen Levi hinauszuschieben, denken jetzt im Interesse der Arbeiterpartei Deutschlands anders. In dieser Hinsicht besteht jetzt unter uns eine vollkommene Solidarität: es läßt sich nicht weiter hinauszuziehen und Genosse Kadel hat als erster den geistigen Kampf gegen Levi und seine Gruppe in Deutschland selbst eröffnet.

(Diese Worte wurden gesprochen, bevor Paul Levi seine Broschüre veröffentlicht hat. Aber wie aus Sinowjews Ausführungen hervorgeht, war sein Weg deutlich vorgezeichnet, die Broschüre ist nur noch der Bunt auf das „t“.)

Der allrussische Gewerkschaftskongress.

Das Zentralkomitee des allrussischen Gewerkschaftsverbandes hat beschlossen, den allrussischen Gewerkschaftskongress endgültig für den 15. Mai einzuberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Zentralkomitees.
2. Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaftsverbände.
3. Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Gewerkschaften.
4. Organisationsfragen.
5. Tarifpolitik und Arbeiterversorgung.
6. Die Gewerkschaftsverbände und die Kooperativen.
7. Die Aufgaben der russischen Gewerkschaftsverbände und die bevorstehende internationale Konferenz.
8. Sonstiges.
9. Kulturelle Erziehungsarbeit.
10. Wahl des Präsidiums des allrussischen Zentralkomitees der Gewerkschaftsverbände.

Die Resultate

der Neuwahlen in den Kiewer Sowjet.

Die Kommunisten haben bei den Neuwahlen in den Kiewer Sowjet einen vollen Sieg zu verzeichnen. Von 1225 Delegierten sind 920 Kommunisten.

Aus der Provinz.

Die Ortsgruppen, die Propaganda-Nummern der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ für 1. Mai haben wollen, müssen dieselben sofort durch Filzbrief bestellen.

Neusalzbrunn. Am Sonntag, den 1. Mai, findet früh 8 Uhr die Maifeier der freien Gewerkschaften für die Orte Weipstein, Neusalzbrunn, Oberfalsbrunn statt.

Nachmittag 1 1/2 Uhr große öffentliche Demonstrationssammlung der R.A.P.D. gegen den weißen Schrecken. Versammlungsort: „Deutsches Haus“, Weipstein.

Abends 5 Uhr im Futterbrunn-Neusalzbrunn großes Gesangs- und Instrumentalkonzert.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Veranstaltungen!

Gottesberg. Alle Genossen von Rottenbach, Schwarzwalddau, Conradsvalldau, Alt-Löffig, Felshammer, Langwintersdorf und Gottesberg müssen spätestens 8²⁰ auf dem Schlachthof Gottesberg ankommen. Fahnen mitbringen.

Die einzelnen Ortsgruppen haben ihre einzelnen Sammelpunkte bekanntzugeben.

Landeshut. Sonnabend, den 30. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“, große öffentliche Maiveranstaltung. Mejerat und Rezitationen. Sorgt für Massenbesuch!

Landeshut. Die Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe nahm nach einem Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage den Bericht über die Tagung des Provinziallandtages entgegen. Aus demselben war zu entnehmen, daß trotz der so gepriesenen demokratischen Grundlage dieses Parlaments sich herzlich wenig gegen früher geändert hat. Schon äußerlich zeigte sich dieses Bild, indem ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat (zurzeit noch Oberpräsident) einen Grafen als „Durchlaucht“ begrüßte. Wie ernst es diese Sorte „Sozialisten“ mit der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen nehmen, ersieht man daraus, daß man das Recht der Kommunisten, laut einem Bericht der „Vergnacht“, im Staatsrat mitzureden zu sein, als Größenwahn bezeichnete. Wie ganz anders war die Ansicht dieser Leute doch früher und wie haben sie sich gewandelt, nachdem da und dort einer der Ihren an die Futterkrippe gelangt ist. Das Sprichwort: „Die Bäume wachsen nicht in den Himmel“, wird sich nach den Erfahrungen, welche die S.P.D.-Führer trotz ihrer der Reaktion geleisteten Handlangerdienste bei der Regierungsbildung in Preußen gemacht haben, sehr bald allgemein bemerkbar machen. Der Wehr hat seine Schuldbiligkeit getan — ein Tritt — der Wehr kann gehen. Ob das den Anhängern der S.P.D. die Augen öffnen wird? Oder halten sie weiter die Taktik der Genossen für richtig, welche, wie es hier im Kreisauschuß geschah, jedes Zusammenarbeiten mit Kommunisten ablehnten. (Inzwischen haben sie sich wieder anders besonnen). Nur zu bald wird die Arbeiterschaft die Folgen einer derartigen, die Arbeiterinteressen schädigenden Politik zu spüren bekommen. Die Erstarkung der bewaffneten Reaktion, die Bestrebungen zur vollständigen Entrechtung in wirtschaftlicher Beziehung (à la Schlichte, Schlichtungsordnung), die immer stärker einsetzende Wirtschaftskrise sind die Früchte der so viel gepriesenen positiven Längigkeit dieser „sozialistischen“ Führung. Zur Maifeier übergehend wurde beschlossen, am Sonnabend, den 30. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“ in einer öffentlichen Maifeierversammlung durch einen Vortrag und Prolog des Genossen Müller dem Weltfeiertage zu gedenken. Am 1. Mai beteiligen sich unsere Mitglieder an den Veranstaltungen des Gewerkschaftskartells. Genossen und Genossinnen! Genüßungsfreunde! Demonstriert durch starken Besuch der Versammlung:

- Für die Freilassung der inhaftierten Genossen!
- Für den unbedingten Sozialismus!
- Für den Weltfrieden!
- Für den wirtschaftlichen und politischen Anschluss an Sowjetrußland!

Lokales.

Breslau, den 23. April 1921.

Streik der Angestellten in der Metallindustrie.

Der der Zentralstreikung wird das folgende: Die mit den Arbeitgebern im letzten Streit unter dem Vorbehalt des Gewerkschaftsverbandes getroffenen Verhandlungen sind am Montag abends abgebrochen worden, da es nicht gelang, in diesen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Arbeitgeberseite behält nach wie vor an dem Standpunkt, den Angestellten der Gruppe I, die heute z. B. als 20-jährige Angestellte ein Gehaltsmonatsgehalt, also Monatsgehalt einschließlich Zulage, von 600,— Mark bekommen,

welches einen Wochenlohn von nicht ganz 160,— Mark entspricht, fernerlei Zulagen zu gewähren. Ein 25-jähriger Angestellter derselben Gruppe bekommt 845,— Mark, das entspricht einem Wochenlohn von ungefähr 195,— Mark. Gefordert wird für den letzteren Angestellten ein Monatsgehalt von 970,— Mark. Den Angestellten der Gruppe II gegenüber hat man sich bereit erklärt, über das 25. Lebensjahr hinaus eine Zulage von 2 1/2% (in Worten: zweieinhalb Prozent) zu gewähren, dafür den Angestellten der Gruppe III 12 1/2% und denen der Gruppe IV 15%.

Bei den Metalltechnikern ist ein ähnliches Verhältnis vorhanden, während den Betriebsleitern und Meistern etwas höhere, jedoch über die Höhe von 16% nicht hinausgehende Zuschläge gewährt werden sollen. Die Tendenz, die mit diesem höheren Angebot gegenüber den Betriebsangestellten verfolgt wird, ist offensichtlich. Man hofft eben hier einen Teil zwischen diese beiden Gruppen der Angestellten zu treiben, vertritt aber in Rechnung zu stellen, daß nun einmal in der gesamten Angestelltenchaft der Metallindustrie der geschlossene Wille vorhanden ist, nicht nur Zufriedenheit einzelner Gruppen, sondern eine Zufriedenheit sämtlicher durch den Streik betroffenen Angestellten herbeizuführen. Die Angestellten selbst haben am Dienstag nachmittag in einer gemeinsamen Versammlung im Gewerkschaftshaus zu diesem Angebot Stellung genommen und dieses Angebot der Arbeitgeberseite einstimmig mit seltener Einmütigkeit abgelehnt. Nachstehende Entscheidung wurde dabei angenommen:

Die Versammlung der streikenden Angestellten am 26. April nimmt von dem Bericht der Zentralstreikleitung über die inzwischen stattgefundenen erneuten Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeberseite Kenntnis.

Nach eingehender Prüfung des letzten Verhandlungsergebnisses lehnt sie dieses als völlig unzulänglich ab und beschließt zur Durchführung ihrer gerechten Forderungen weiterhin geschlossen und einmütig im Streik zu verharren.

Der Streik nimmt infolgedessen unvermindert seinen Fortgang und es dürfte zu erwarten sein, daß er in den nächsten Tagen noch schärfere Formen als wie bisher annehmen wird. Die Angestelltenchaft ist nicht willens, sich von der Arbeitgeberseite länger, als wie es bisher der Fall war, mit einer derartigen, in jeder Beziehung unzulänglichen Bezahlung abfinden zu lassen. Zentral-Streikleitung.

Steuerabzug vom Lohn.

Der Reichsminister der Finanzen hat zur Durchführung des Steuerabzuges für das Rechnungsjahr 1921 bis auf weiteres folgendes bestimmt:

Die zur Durchführung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 erlassenen Anordnungen finden auf die Durchführung des Steuerabzuges für 1921, also vom 1. April ab, mit folgenden Maßgabe sinngemäß Anwendung:

Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung zehn vom Hundert des Betrages einzubehalten, um den der auszahlende Arbeitslohn im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes

- a) nach Tagen 4 Mk. für den Tag,
- b) nach Wochen 24 Mk. für die Woche,
- c) nach Monaten 100 Mk. für den Monat

übersteigt.

Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers.

Ferner erhöht sich bei dem Steuerabzug nicht unterworfenen Teil des Arbeitslohnes für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes

- a) nach Tagen um 6 Mk. für den Tag,
- b) nach Wochen um 36 Mk. für die Woche,
- c) nach Monaten um 150 Mk. für den Monat.

Es sind jedoch vom 1. April ab ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens jeweils 10 vom Hundert von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Bei diesem Lohnabzug ist nicht zulässig, die nichtsteuerpflichtigen Bezüge, wie die Auslagen für Straßenbahnfahrten, für Gewerkschafts-, Unterstützungsstellen und dergleichen von dem Lohn, bzw. Gehalt abzulegen. Dadurch werden von dem Lohn und Gehaltsempfängern, besonders von den niedrig entlohnten mehr Steuern vom Lohn abgezogen, als sie nach dem Gesetz zu zahlen verpflichtet sind. Da sie niemals davon etwas wiedersehen, ist mehr als fraglich.

Versammlungskalender.

Alle Funktionäre erscheinen am Donnerstag, den 28. April, nachm. 5 Uhr im Parteibüro.

Orts-Auschuß DKPD. Breslau.

Distrikt 1 und 2. Donnerstag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr, Distriktabend. Krüllstraße 6. Wichtige Tagesordnung.

Distrikt 3 und 13. Donnerstag, den 28. April, 7 1/2 Uhr abends, Distriktsversammlung. Restaurant Vincenzstraße 23. Alle Genossen, insbesondere die Unterfahnerer, müssen erscheinen. Referent anwesend.

Distrikt 4. Freitag, den 29. April, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung im bekannten Lokal. Wichtige Tagesordnung, Referent anwesend.

Distrikt 7. Freitag, den 29. April, 7 1/2 Uhr abends, Distriktabend. Wichtige Tagesordnung.

Distrikt 9a. Freitag, den 29. April, 7 Uhr abends, im Lokal Nische, Berliner Straße 37, Distriktsversammlung. Wichtige Tagesordnung, Referent anwesend.

Distrikt 10. Freitag, den 29. April, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung im bekannten Lokal. Referent anwesend.

Kommunistische Jugend. Heute Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends, Mitgliederversammlung im Minoritenhof. Referat.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. u. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Becker, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. u. b. H. Druck: Buchdruckerei Püchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Aida.
Freitag 7 Uhr:
Die Janitscharen.

Jobst-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Schloß Wettstein.

Urania-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Jägerklub.

Schauspielhaus.
Opernabende. U. R. 25-26
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die spanische Hochzeit.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Hilflos!
Paul Welsch
Die spanische Hochzeit.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Fackelträger.

Liech-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des April-Programms.

Preiswerte Schuhwaren

Ludwig Herz
Stückerschplatz Nr. 4

Alt-Metalle
Ludwig Otto, Kottb. Str. 8.

LunaPark
Herglief geöffnet.

Das schwarze Buch des weißen Ungarn
1,50 Mk.
Komunistische Bucherei
Beckler 5, Gräbchen Straße 45.

Zur Maifeier!
4 Kampflieder

Die Arbeitsmänner	
Arbeiter-Marseillaise	
Die Internationale	
Die rote Fahne	
als Doppelpostkarte gedruckt	4.—
50 Stück	13.50
100	25.—
200	45.—

Komm. Bucherei
BRESLAU 5, Gräbchen Straße 45.

Soeben erschienen:

Lenin,
Die auswärtige und innere Politik Sowjetrußlands
Preis 1.— Mk.

J. Stepanow,
Ueber ausländische Konzessionen
Preis 1.— Mk.

Zu beziehen durch
Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbchen Straße 45.